



Ausschuß für Schule und Weiterbildung

35. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

10. Juni 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.15 Uhr bis 11.30 Uhr

Vorsitz: Heinrich Meyers (CDU)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 2 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG)** 1

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/2891
Vorlagen 12/2034 und 12/2051

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen das Votum der CDU-Fraktion angenommen.

*) öffentlicher Teil siehe APr 12/897

- 3 **Gesetz zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in Schulen** 2
hier: Erfahrungsbericht
Vorlage 12/2006

Der Ausschuß verständigt sich darauf, von einer Behandlung dieses Tagesordnungspunktes in der heutigen Sitzung abzusehen, da das Protokoll noch nicht in schriftlicher Form vorliegt. Die Vereinbarung, eine schriftliche Beantwortung von Fragen der CDU-Fraktion aus der Sitzung am 29. April 1998 entgegenzunehmen, wird aufrechterhalten.

- 4 **Schulen in NRW nicht als "Experimentierfeld mit vorgezeichnetem Leistungsabfall" mißbrauchen - Kritik der Wirtschaft ernst nehmen!** 2

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 12/2120

in Verbindung damit:

Bildungsverfall an nordrhein-westfälischen Schulen wirksam bekämpfen!

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 12/2335

- abgesetzt -

5 Verschiedenes

- a) **Terminplanung**
- b) **Gemeinsame Anhörung mit dem Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie zum Thema "Kinder- und Jugendkriminalität"**
- c) **Ausschußreise**

Zu den Unterpunkten a) bis c) siehe Seiten 3 und 4 des Diskussionsteils

Aus der Diskussion

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/2891
Vorlagen 12/2034 und 12/2051

Manfred Degen (SPD) führt aus, allseits bestehe Klarheit, daß eine Regelung getroffen werden müsse, den Inhabern von Altlehrämtern Möglichkeiten zum Aufstieg einzuräumen. Da nicht bekannt sei, wie groß der Andrang wäre, könne eine Öffnung genereller Natur nicht zugestanden werden. Im Haushalt selbst seien 50 Stellen zur Verfügung gehalten worden. Auch die Lehrerverbände sehen den eingeschlagenen Weg als ersten Schritt in die richtige Richtung.

Christiane Bainski (GRÜNE) bekundet für ihre Fraktion, daß auch den GRÜNEN ein genereller Übergang lieber gewesen wäre; aufgrund der Haushaltslage könne das aber zur Zeit nicht realisiert werden. Das jetzt gesetzte Zeichen sei im Grunde genommen längst überfällig.

Theodor Kruse (Olpe) (CDU) empfindet es als erstaunlich, daß heute ein Gesetzentwurf in der Debatte stehe, der bereits 1974 eingebracht worden sei. Damals sei versäumt worden, eine Übergangsregelung auf den Weg zu bringen. 1993 hätten alle seinerzeit im Landtag vertretenen Fraktionen dringenden Handlungsbedarf gesehen. Gescheitert sei der Antrag an der ablehnenden Haltung der SPD-Mehrheitsfraktion. Finanzielle Gründe seien angeführt worden. Die CDU-Fraktion werde nicht von ihrer seinerzeitigen Forderung abrücken und weiter eine volle laufbahnrechtliche Gleichstellung reklamieren. Allen Lehrerinnen und Lehrern aus dem Bereich der Altlehrämtern müsse die Befähigung zum Lehramt für die Sekundarstufe I ohne Vorbedingung zuerkannt werden.